

## EDITORIAL

## NEWS

Mehr gemeldete Fälle,  
weniger Anzeigen, kaum  
Urteile: Hate Speech ist  
auch online strafbar –  
zumindest in der Theorie.



FOTO: BEN WATER / UNSPLASH

## HASS IM NETZ

# Worte ohne Konsequenzen

Melanie Czarnik

**Hassrede und Aufstachelung zum Hass sind in Luxemburg strafbar: Welche Konsequenzen das (nicht) hat und was gegen Online-Hate-Speech (nicht) unternommen wird.**

„Lgbtq ass eng crime, die sollen Prison goen“ und „Dann mach suicide an haal deng Maul fds“ sind zwei von neun Hasskommentaren, die im Rahmen der Ausstellung „Hate Speech“ im Düdelinger Rathaus unzensiert gezeigt werden. Kommentare, die Personen wie Tatta Tom und Organisationen wie Rosa Lëtzebuerg oder das CID Fraen an Gender nur zu gut kennen. Diskriminierende Kommentare, Rassismus, verbale Gewalt und Vernichtungsfantasien sind im Netz weit verbreitet. Dabei steht in Luxemburg auf Hasskommentare und Aufstachelung, online wie offline, eine Freiheitsstrafe von acht Tagen bis zu zwei Jahren und/oder eine Geldstrafe zwischen 251 und 25.000 Euro. Was online geschrieben wird bleibt selten folgenlos – zumindest für die Betroffenen. Bei den Täter\*innen sieht das anders aus, wie offizielle Zahlen belegen.

Vergangenen Dienstag beantwortete Justizministerin Elisabeth Margue (CSV) gemeinsam mit Gleichstellungs- und Diversitätsministerin Yuriko Backes (DP), Bildungsminister Claude Meisch (DP) und Familienminister Max Hahn (DP) eine parlamentarische Anfrage von Françoise Kemp (CSV). Sie präsentierte dabei Zahlen zu Online-Hate-Speech, die auf ein wachsendes Problem hindeuten. Die bei der „Bee Secure“-Stopline gemeldeten Fälle von Rassismus und Diskriminierung steigen von Jahr zu Jahr rasant an.

2024 wurden mit 448 Fällen 129 mehr als im Vorjahr registriert. Gleich-

zeitig sank der Anteil der Fälle, die an die Justiz weitergeleitet wurden leicht und lag 2024 lediglich bei 59 Prozent. Justizministerin Elisabeth Margue führt die Diskrepanz zwischen gemeldeten und tatsächlich verfolgten Fällen auf eine Kombination aus technischen, juristischen und verwaltungstechnischen Gründen zurück: Inhalte seien zum Zeitpunkt der Bearbeitung oft nicht mehr online, bereits gemeldet oder von Plattformen automatisch gelöscht worden oder fielen nicht unter die juristische Definition von Hassrede, zum Beispiel weil sie näher am Straftatbestand einer Drohung sind.

**Hass im Netz ist keine Meinung. Es ist Gewalt. Und ein Gesetz, das nicht angewendet wird, schützt niemanden.**

Wieso Taten nicht weiterverfolgt werden, weil die Inhalte gelöscht wurden, bleibt unklar. Fehlt es an einem Mechanismus, der Beweise sicherstellt, damit Straftaten auch verfolgt werden können? Die Tat wurde begangen und verliert nicht durch die zügige Löschung an Strafbarkeit. Es besteht eine eklatante Kluft zwischen gemeldeten Fällen, Anzeigen und anschließender juristischer Konsequenz. Letztes Jahr kam es zu lediglich 45 Anzeigen und der Großteil der Fälle blieb bislang ohne rechtliche Folgen: Es wurden nur 15 gerichtliche Entscheidungen getroffen.

Immer wieder wird beim Thema Diskriminierung im Internet mit dem

Begriff „Meinungsfreiheit“ argumentiert. Hass im Netz ist keine Meinung. Es ist Gewalt. Und ein Gesetz, das nicht angewendet wird, schützt niemanden. Zudem ist es gefährlich, wenn Worte ohne Konsequenzen für Täter\*innen bleiben. Für Alain Hoffmann und Tom Weidig, zwei prominente Beispiele aus den Reihen der ADR, blieb die Verbreitung von Hass im Netz trotz Anzeige bislang ohne rechtliche Konsequenzen. (woxx 1807, „Den Hass stoppen“, woxx 1824, „Hass und seine Konsequenzen“)

Auf die Frage, mit welcher Kampagne sie gegen Hate Speech vorgehen will, verweist die Ministerin auf bereits bestehende Maßnahmen. Irritierend ist vor allem die Wortwahl im Schlussplädoyer: Ausgerechnet jene marginalisierte Gruppen, die besonders häufig Zielscheibe von Hassrede werden, sollen darin unterstützt werden, sich „konstruktiv und respektvoll“ zu wehren und so dazu beitragen, dass soziale Medien „wieder“ zu einem Ort des demokratischen Austauschs und respektvollen Miteinanders werden. Abgesehen davon, dass es diesen idealisierten Raum so nie gegeben hat, wird hier die Verantwortung für ein faires Diskursklima auf die Betroffenen übertragen. Eine Täter-Opfer-Umkehr, die verkennet, dass nicht die Betroffenen, sondern Politik, Plattformen und Justiz handeln müssen. Die angekündigte Berücksichtigung des Themas in den kommenden Nationalen Aktionsplänen zu geschlechtsspezifischer Gewalt und zu LGBTIQ+ ist zwar ein Anfang, reicht aber angesichts der wachsenden Lücke zwischen hasserfüllten Worten und fehlender Konsequenz bei weitem nicht aus.

## NEWS

Krieg im Kongo: Blutmineraleien **S. 3**

## REGARDS

IT-Infrastruktur:

Digitale Abhängigkeiten **S. 4**

Kambodscha:

Pressefreiheit im Sinkflug **S. 6**

Großbritannien:

Künstler\*innen und Schriftsteller\*innen wehren sich gegen KI **S. 8**

Album „Jellywish“ von Florist:

So klingt Magie im Alltag **S. 9**

Photographie: Vanités posthumes **p. 10**

Festival „Out of the Crowd“:

Nicht out, sondern in! **S. 11**

## AGENDA

Wat ass lass? **S. 11**

Expo **S. 16**

Kino **S. 17**

Coverfoto: CC BY 4.0 Catherine Breslin & Tania Duarte / <https://betterimagesofai.org>



Auf den Backcover im April erforscht der Fotograf Patrick persönliche Erinnerungen und sozialkritische Realitäten.

Interview zur Serie: [woxx.eu/patrickgalbats](https://woxx.eu/patrickgalbats)

## AKTUELL

KRIEG IM KONGO

# Blutmineralien

Joël Adami

**Die NGO „Global Witness“ wirft der Luxemburger Rohstoffhandelsfirma „Traxys“ vor, Coltan aus Kriegsgebieten in der Demokratischen Republik Kongo gekauft zu haben.**

Am vergangenen Dienstag veröffentlichte die Nichtregierungsorganisation „Global Witness“ einen Bericht, dem zufolge die Luxemburger Rohstoffhandelsfirma „Traxys“ Coltan hochproblematischer Herkunft gekauft haben soll. 280 Tonnen habe das Unternehmen in Ruanda erstanden. Der Großteil des Rohstoffs sei aus dem umkämpften Osten der Demokratischen Republik (DR) Kongo in das Nachbarland geschmuggelt worden sein.

Verantwortlich soll die Rebellengruppierung „Mouvement du 23 Mars“ (M23) sein, die im November 2021 Truppen der DR Kongo anzugreifen begann. Im darauffolgenden Jahr startete der M23 eine Offensive im Nordosten des Landes und übernahm die Kontrolle über nennenswerte Teile des Gebiets, darunter auch Goma, die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu. 7.000 bis 12.000 Soldaten des ruandischen Militärs unterstützen den M23 bei diesen Kämpfen. Seit Anfang 2024 kontrolliert die Miliz nicht nur die wichtigste Transportroute für Mineralien, sondern auch das Tagebaugebiet in der Rubaya-Region, woher 15 Prozent des weltweiten Tantal-Bedarfs stammen. Dieses Metall wird aus dem Mineral Coltan gewonnen und findet sich in Laptops, Elektroautos, Spielkonsolen oder Smartphones wieder.

## Profite wandern nach Luxemburg

Global Witness beruft sich in dem Bericht auf Zolldokumente, Kundenkarteien und die Aussagen zweier Schmuggler\*innen. Demnach sei Traxys die Hauptkäuferin von Rohstoffen der ruandischen Firma „African Panther Resources Limited“. Deren Exporte erreichten im Jahr 2024 ungekannte Höhen, was als Hinweis gewertet wird, dass ein Großteil des Materials aus den Konfliktzonen der DR Kongo stammt. Traxys kauft seit 2023 vermehrt Coltan und war 2024 eine der größten Käuferinnen von mutmaßlich aus Ruanda stammendem Coltan, so Global Witness. Seit Ende 2023 gilt laut UN-Expert\*innen als erwiesen, dass geplündertes Coltan nach Ruanda geschmuggelt wurde. Laut den Schmuggler\*innen, auf die sich Global Witness beruft, erhebt M23 15 Prozent des Verkaufspreises als „Steuer“. Geschätzte 800.000 US-Dollar bringe der Erzhandel der Gruppe auf diese Weise monatlich ein.

Traxys hat ihren Hauptsitz in Luxemburg und verdreifachte 2024 ge-

genüber dem Vorjahr ihren Gewinn. Dieses Ergebnis stellt einen Rekordgewinn für das Unternehmen dar, wie eine Recherche der woxx ergab. Auf Nachfrage bestritt die Firma allerdings, dass ihr Coltan aus dem Kriegsgebiet stamme: Das von ihr erworbene Mineral habe eine andere Zusammensetzung als jenes aus der DR Kongo und sei deswegen farblich dunkler. Laut Global Witness wird sogenanntes „weißes Coltan“ aus der DR Kongo in Ruanda jedoch oft nachträglich durch Mischen oder Färben dunkler gemacht. Dies bestätigte eine Expert\*innengruppe der UN bereits 2015. Traxys berief sich gegenüber der NGO auch auf „von der Industrie akzeptierte Rückverfolgbarkeitsanbieter“, die den Ursprung der Rohstoffe zertifizierten. Global Witness will jedoch schon 2022 aufgedeckt haben, dass das größte Rückverfolgungssystem in Ruanda, die „International Tin Supply Chain Initiative“ (ITSCI), Mineraliensmuggel im großen Stil deckte. Auf ihrer Website gibt Traxys an, Mitglied der ITSCI zu sein.

Die EU hat im Februar 2024 eine strategische Partnerschaft für kritische Rohstoffe mit Ruanda abgeschlossen. Tantal, das aus Coltan gewonnen wird, gilt als solches. Ein Jahr später forderte das EU-Parlament in einer Resolution, das Abkommen zu suspendieren, solange die Herkunft der Rohstoffe nicht geklärt sei. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas versprach daraufhin, die Vereinbarung zu überprüfen. Im Rat der Außenminister\*innen sollten am 24. Februar dann Sanktionen gegen Ruanda beschlossen werden – doch ausgerechnet Luxemburg blockierte dies. Außenminister Xavier Bettel (DP) erklärte dazu, er wolle Ruanda nicht vorzeitig bestrafen und diplomatische Verhandlungen abwarten (siehe woxx 1826).

David Wagner, Abgeordneter von „Déi Lénk“, der Bettels Abstimmungsverhalten bereits damals scharf kritisiert hatte, stellte am vergangenen Dienstag eine parlamentarische Anfrage zum Umgang der Regierung mit Traxys. Unter anderem werden die Kontrollen thematisiert, die das Außenministerium gemäß einer EU-Regelung gemeinsam mit der Zollverwaltung bei Firmen, die Mineralien aus Konfliktgebieten importieren, durchführen soll. Wagner spricht zudem explizit an, was sich ohnehin aufdrängt: Ob die Profitinteressen von Traxys einen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zwischen Luxemburg und Ruanda hatten – oder sogar die Positionierung Luxemburgs zum Konflikt im Osten der DR Kongo mitbestimmen.

## SHORT NEWS

## Covid long : un suivi sur mesure indispensable

(ts) – Le covid long nécessite « un traitement individuel et personnalisé » : c'est la conclusion d'une étude internationale dirigée par l'unité de recherche de la Rehaklinik du Centre Hospitalier Neuro-Psychiatrique (CHNP), à Ettelbruck, et le Prof. Dr. Claus Vögele de l'Université du Luxembourg. Cette étude, menée auprès de 1.200 patient·es touché·es par le covid long provenant du Luxembourg, d'Allemagne et de Suisse, montre que les syndromes psychiques liés à cette maladie sont complexes et peuvent considérablement altérer la qualité de vie des malades, d'autant plus qu'ils interagissent avec les symptômes physiques. Les résultats démontrent ainsi un impact significatif du covid long sur la santé mentale, notamment en raison de l'augmentation de l'anxiété, de la dépression et des troubles psychosomatiques, en particulier chez ceux qui présentent des symptômes physiques sévères de la maladie. « Chaque patient présente des symptômes psychiques différents, et leur intensité varie largement d'une personne à l'autre », précise également la Rehaklinik, qui préconise donc une prise en charge sur mesure et holistique, avec un traitement tant physique que psychique. Une approche « cruciale », d'après les auteur·rices de cette étude qui devrait permettre d'ouvrir la voie à des stratégies de soins plus adaptées. Une lueur d'espoir aussi pour les malades, dont quelques-un·es avaient alerté le woxx sur une prise en charge défaillante de cette maladie au Luxembourg (woxx 1814).

## Émissions : régulation du transport maritime

(mes) – L'organisation maritime internationale (OMI) a approuvé un accord pour taxer les émissions de gaz à effet de serre provenant du transport maritime mondial. Les nouvelles mesures, votées le 11 avril, ont pour objectif une réduction « à zéro des émissions nettes vers 2050 ». Elles introduisent deux dispositions principales : d'une part des seuils fixes pour les combustibles, dont les navires devront réduire l'intensité de carbone. D'autre part un mécanisme de tarification : les navires, dont les émissions dépassent les seuils seront pénalisés, informe l'OMI dans un communiqué de presse. Or, les limites d'émissions ne seront obligatoires que pour les navires d'une jauge supérieure à 5.000 tonnes brutes. Autre bémol : les navires pourront par ailleurs « compenser » leurs émissions trop hautes à travers l'achat « d'unités de réparation ». L'argent empoché par ces unités pourrait certes être investi dans des mesures d'adaptation dans des États touchés par la crise climatique, ainsi que dans la recherche et l'innovation technologique, précise l'organisation. Mais alors que les combustibles maritimes deviennent de plus en plus polluants, des organisations du secteur civil sous le groupe « Transport et Environnement » avertissent sur les conséquences du nouvel accord, qui encouragerait l'utilisation de carburants plus nocifs pour l'environnement : « En l'absence de règles strictes en matière de durabilité, les biocarburants nuisibles tels que l'huile de palme et l'huile de soja sont susceptibles de devenir l'option de choix, car ce sont les carburants les moins chers qui respectent les règles de l'OMI », a dénoncé le groupe. Mondialement, le secteur maritime est responsable d'environ 3 % des émissions annuelles. L'accord de l'OMI devrait entrer en vigueur en 2027.

## Legale Intransparenz

(ja) – Das Portal „enquetes.public.lu“ war Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage: Déi Lénk-Abgeordneter David Wagner wollte wissen, warum dort nicht mehr alle Informationen zu Prozeduren, bei denen die Öffentlichkeit eingebunden werden soll, erscheinen. Außerdem stellte der Oppositionspolitiker dem Umweltminister die Frage, ob dieses Vorgehen mit der Aarhus-Konvention kompatibel sei. Vergangene Woche wurde Serge Wilmes' (CSV) Entgegnung auf der Website des Parlaments veröffentlicht. Es wäre vermessen diese eine „Antwort“ zu nennen, denn der Umweltminister versteht es geschickt, die Fragen zu umschiffen. So gibt er nur an, dass es im Umweltrecht nicht vorgesehen sei, alle Unterlagen systematisch elektronisch zu veröffentlichen. Sei die Ankündigung einer Bürger\*innenbeteiligung im Internet vorgesehen, könne dies sowohl auf dem staatlichen Portal „enquetes.public.lu“ als auch „mit anderen Mitteln“ passieren. Die Frage, warum seine eigenen Verwaltungen solche Informationen nicht mehr veröffentlichen, ignorierte er einfach. Allerdings würden die Umweltgesetzgebungen aktuell überarbeitet, damit diese Veröffentlichungen obligatorisch würden. Die Aarhus-Konvention schreibe überdies keine Veröffentlichung im Internet vor. Dass auch 2025 in Luxemburg viele Informationen nur für kurze Zeit in dicken Papierordnern in einem Gemeindeamt ausliegen (siehe woxx 1828), ist also keine illegale Praxis, sondern „lediglich“ systematische Intransparenz.